

No. 35902

**Germany
and
Uzbekistan**

Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Uzbekistan for the promotion and reciprocal protection of investments (with exchanges of notes of 15 January 1996 and 28 April 1993). Bonn, 28 April 1993

Entry into force: *provisionally on 28 April 1993 by exchange of notes and definitively on 23 May 1998 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 14*

Authentic texts: *German, Russian and Uzbek*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 27 July 1999*

**Allemagne
et
Ouzbékistan**

Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Ouzbékistan relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements (avec échanges de notes du 15 janvier 1996 et 28 avril 1993). Bonn, 28 avril 1993

Entrée en vigueur : *provisoirement le 28 avril 1993 par échange de notes et définitivement le 23 mai 1998 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 14*

Textes authentiques : *allemand, russe et ouzbek*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 27 juillet 1999*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Usbekistan
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Usbekistan –

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen dazu beitragen, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Medalle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;

3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - b) in bezug auf die Republik Usbekistan: Personen, die Staatsbürger der Republik Usbekistan im Sinne des geltenden Rechts der Republik Usbekistan sind;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
 - b) in bezug auf die Republik Usbekistan: jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht gegründet und berechtigt ist, Kapitalanlagen vorzunehmen und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Republik Usbekistan hat;
5. bezeichnet der Begriff „freier Transfer“
 - a) Umtausch der in Landeswährung anfallenden Beträge in frei konvertierbare Währung mit deren anschließender Ausfuhr ins Ausland;
 - b) Ausfuhr ins Ausland von Beträgen in frei konvertierbarer Währung, die auf Bankkonten des Investors verfügbar sind.

Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags. Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(4) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen

Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

(5) Als „Betätigung“ im Sinne des Absatzes 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne dieses Artikels ist insbesondere anzusehen: Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderungen des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne dieses Artikels.

(6) Die Bestimmungen dieses Artikels verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.

(7) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt

wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs. Als „unverzüglich“ durchgeführt gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(2) Der in Absatz 1 dieses Artikels genannte Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar für die Kapitalanlage im Sinne des Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder im Auftrag eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne des Vertrags angelegt sind;
- b) Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage reisen.

Artikel 9

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 10

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der

von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht, die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen den Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

Artikel 12

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 11 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 11 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt und daß, soweit die in Artikel 11 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Präsidenten des Schiedsgerichtshofs der Internationalen Handelskammer in Paris bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

(4) Für den Fall, daß beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten geworden sind, werden Meinungsverschiedenheiten nach diesem Artikel zwischen den Streitparteien einem Schiedsverfahren im Rahmen des vorgenannten Übereinkommens unterworfen, es sei denn, die Streitparteien treffen eine abweichende Vereinbarung; jede Vertragspartei erklärt hiermit ihr Einverständnis zu einem solchen Verfahren.

Artikel 13

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Bonn am 28. April 1993 in zwei Urschriften, jede in deutscher, usbekischer und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des usbekischen Wortlauts ist der russische Wortlaut maßgebend.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Kinkel

Für die Republik Usbekistan
За Республику Узбекистан
Safa jew

Notenwechsel

I

Der Minister Bonn, den 28. April 1993
für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Usbekistan

Exzellenz,

aus Anlaß der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Republik Usbekistan und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen beehre ich mich, Ihnen folgendes mitzuteilen:

Die Regierung der Republik Usbekistan wird nach Kenntnisnahme davon, daß die zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland Maßnahmen zur Förderung von Kapitalanlagen deutscher Investoren in Usbekistan schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags gewähren können, den Vertrag vom Tag der Unterzeichnung an vorläufig anwenden. Diese Erklärung wird in der Erwartung abgegeben, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Übernahme von Garantien für Kapitalanlagen in Usbekistan schon vor dem Inkrafttreten des Vertrags erwägt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Safajew

II

Der Bundesminister Bonn, 28. April 1993
des Auswärtigen

Exzellenz!

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom 28. April 1993 mit folgendem Inhalt zu bestätigen:

[See Note I -- Voir Note I]

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Kinkel

Seiner Exzellenz
dem Minister für Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Usbekistan
Herrn Sadyk Saichowitsch Safajew

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]

**Договор
между Федеративной Республикой Германия
и Республикой Узбекистан
о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений**

Республика Узбекистан

и

Федеративная Республика Германия,

желая углублять экономическое сотрудничество между
двумя государствами,

стремясь создать благоприятные условия для осуществ-
ления капиталовложений граждан или обществ одного го-
сударства на территории другого государства,

сознавая, что содействие осуществлению и договорная
защита этих капиталовложений будут способствовать ожив-
лению частной экономической инициативы, углублению
экономического сотрудничества и умножению благосо-
стояния обоих народов,

договорились о нижеследующем:

Статья 1

Для целей настоящего Договора:

1. термин "капиталовложения" охватывает все виды имуще-
ственных ценностей, а в частности:
 - a) собственность в виде движимых и недвижимых
предметов, а также другие имущественные права,
такие как ипотечные права и права залога;
 - b) права на долевое участие и другие формы участия в
обществах;
 - c) право требования по денежным средствам, использо-
ванным для создания экономических ценностей, или
услугам, имеющим экономическую ценность;
 - d) права интеллектуальной собственности, такие как, в
частности, авторские права, патенты, полезные мо-
дели, промышленные образцы и модели, товарные
знаки, фирменные наименования, производственные
и коммерческие тайны, технология, "ноу-хау" и "гуд-
вил";
 - e) общественно-правовые концессии, включая концес-
сии на разведку и добычу природных ресурсов;

изменение вида вложения имущественных ценностей не
затрагивает их свойство как капиталовложение;

2. термин "доходы" означает суммы, получаемые от капи-
таловложения за определенный период, такие как доли
прибыли, дивиденды, проценты, лицензионные или дру-
гие вознаграждения;

3. термин "граждане" обозначает:
 - a) в отношении Федеративной Республики Германия: немцев в соответствии с Основным законом Федеративной Республики Германия;
 - b) в отношении Республики Узбекистан: лиц, являющихся гражданами Республики Узбекистан в соответствии с действующим законодательством Республики Узбекистан;
4. термин "общества" означает:
 - a) в отношении Федеративной Республики Германия: любое юридическое лицо или торговое общество, прочие компании или объединения с правом юридического лица или без него, с местом расположения на территории Федеративной Республики Германия, невзирая на то, направлена ли их деятельность на получение прибыли или нет;
 - b) в отношении Республики Узбекистан: любое юридическое лицо, созданное в соответствии с действующим законодательством, правомочное осуществлять капиталовложения и имеющее место расположения на территории Республики Узбекистан;
5. термин "свободный перевод" означает:
 - a) перевод сумм, получаемых в национальной валюте, в свободно конвертируемую валюту с ее последующим переводом за рубеж;
 - b) перевод за рубеж сумм в свободно конвертируемой валюте, имеющих на банковских счетах инвестора.

Без ущемления для других процедур определения гражданства, гражданином одной Договаривающейся Стороны, в частности, считается любое лицо, которое имеет национальный паспорт, выданный компетентным органом соответствующей Договаривающейся Стороны.

Статья 2

1. Каждая из Договаривающихся Сторон по мере возможностей будет способствовать капиталовложениям граждан или обществ другой Договаривающейся Стороны и будет разрешать эти капиталовложения в соответствии со своим законодательством. Она в каждом случае будет обращаться с капиталовложениями со всей справедливостью.
2. Ни одна из Договаривающихся Сторон на своей территории никоим образом не будет ущемлять за счет принятия произвольных или дискриминационных мер управление и распоряжение капиталовложениями гражданами или обществами другой Договаривающейся Стороны, а также их применение и использование.
3. Капиталовложения, осуществленные в соответствии с законодательством одной Договаривающейся Стороны в сфере действия ее правопорядка гражданами или обществами другой Договаривающейся Стороны, пользуются полной защитой настоящего Договора. Доходы от капиталовложений и, в случае их повторного вложения, доходы от них пользуются равной защитой, которой пользуется капиталовложение.
4. Настоящий Договор действует также на территории исключительной экономической зоны и на континентальном шельфе, насколько международное право позволяет соответствующей Договаривающейся Стороне исполнение суверенных прав или полномочий в отношении этих территорий.

Статья 3

1. Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечит... на своей территории в отношении капиталовложений, находящихся в собственности или под влиянием граждан или обществ другой Договаривающейся Стороны, режим не менее

благоприятный, чем в отношении капиталовложений собственных граждан или обществ или капиталовложений граждан или обществ третьих государств.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон обеспечивает на своей территории в отношении граждан или обществ другой Договаривающейся Стороны в том, что касается их деятельности в связи с капиталовложениями, режим не менее благоприятный, чем в отношении собственных граждан или обществ или граждан или обществ третьих государств.

3. Этот режим не распространяется на льготы или преимущества, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или обществам третьих государств в связи с их участием в таможенном или экономическом союзе, общем рынке или зоне свободной торговли или в связи с их ассоциацией с ними.

4. Режим, представляемый в соответствии с настоящей статьей, не распространяется на льготы, которые одна Договаривающаяся Сторона предоставляет гражданам или обществам третьих государств на основании соглашения об избежании двойного налогообложения или других договоренностей по налоговым вопросам.

5. В качестве "деятельности" в смысле пункта 2 настоящей статьи следует рассматривать, в частности, но не исключительно управление и распоряжение капиталовложением, а также его применение и использование. В качестве "менее благоприятного" режима в смысле настоящей статьи следует, в частности, рассматривать ограничение в приобретении сырья и вспомогательных материалов, энергии и топлива, а также всех видов средств производства и оборотных средств, препятствие сбыту продукции внутри страны и за границей, а также прочие меры с аналогичными последствиями. Меры, предпринимаемые в интересах общественной безопасности и общественного порядка, охраны здоровья народа или нравственности, не считаются "менее благоприятным" режимом в смысле настоящей статьи.

6. Положения настоящей статьи не обязуют Договаривающуюся Сторону распространять налоговые льготы, освобождения и скидки, предоставляемые в соответствии с налоговым законодательством только физическим лицам и обществам с местом жительства или нахождения на ее территории, на физические лица или общества с местом жительства или нахождения на территории другой Договаривающейся Стороны.

7. В рамках национального законодательства Договаривающиеся Стороны будут благожелательно рассматривать заявки на въезд и пребывание лиц одной Договаривающейся Стороны, намеревающихся приехать на территорию другой Договаривающейся Стороны в связи с капиталовложением; данное положение распространяется также на трудящихся одной Договаривающейся Стороны, которые в связи с капиталовложением намереваются приехать на территорию другой Договаривающейся Стороны и находиться там с целью выполнения трудовой деятельности. Благожелательно будут рассматриваться также заявки на выдачу разрешения на работу.

Статья 4

1. Капиталовложения граждан или обществ одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются полной защитой и безопасностью.

2. Капиталовложения граждан или обществ одной Договаривающейся Стороны могут быть подвергнуты мерам по принудительному изъятию, национализации или другим мерам, аналогичным им по своим последствиям, на территории другой Договаривающейся Стороны только в общественных интересах и с выплатой компенсации. Компенсация должна соответствовать стоимости изъятых капиталовложений, определенной непосредственно перед моментом, когда официально стало известно о фактически осуществленных или

предстоящих мерах по принудительному изъятию, национализации или мерах с аналогичными последствиями.

Компенсация должна выплачиваться незамедлительно и до момента ее выплаты на сумму компенсации начисляются банковские проценты в соответствии с действующей процентной ставкой; она должна быть практически используемой и свободно переводимой. Не позднее момента осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, должны быть приняты надлежащие профилактические меры по определению суммы и порядка выплаты компенсации. Должна быть предусмотрена возможность судебного рассмотрения правомочности осуществления принудительного изъятия, национализации или меры, аналогичной им по своему характеру, а также размера компенсации.

3. Гражданам или обществам одной Договаривающейся Стороны, капиталовложениям которых нанесен ущерб на территории другой Договаривающейся Стороны вследствие войны или прочих вооруженных столкновений, революции, чрезвычайного положения или мятежа, будет предоставлен этой Договаривающейся Стороной режим, не менее благоприятный в отношении возмещения убытков, отступных сумм, компенсации или прочих вознаграждений, чем для своих граждан или обществ. Эти суммы должны быть свободно переводимыми.

4. Право требования компенсации существует также и в том случае, если государство своими мероприятиями вмешивается в предприятие, являющееся предметом капиталовложения, и тем самым причиняет ему существенный экономический ущерб.

5. Граждане или общества одной Договаривающейся Стороны на территории другой Договаривающейся Стороны пользуются режимом наибольшего благоприятствования в отношении вопросов, урегулированных настоящей статьей.

Статья 5

Каждая из Договаривающихся Сторон гарантирует гражданам или обществам другой Договаривающейся Стороны свободный перевод платежей в связи с капиталовложением, в частности:

- a) капитала и дополнительных сумм для поддержания или увеличения объема капиталовложения,
- b) дохода,
- c) сумм, выплачиваемых в погашение займов,
- d) выручки, возникающей в связи с полной или частичной ликвидацией или продажей капиталовложения,
- e) компенсации, предусмотренной в статье 4 настоящего Договора.

Статья 6

Если одна из Договаривающихся Сторон осуществляет выплату сумм своим гражданам или обществам на основании гарантии капиталовложения на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, без ущерба для вытекающих из статьи 10 настоящего Договора прав первой Договаривающейся Стороны, будет признавать в силу закона или договора передачу первой Договаривающейся Стороне всех прав или требований этих граждан или обществ. Кроме того, другая Договаривающаяся Сторона признает вступление первой Договаривающейся Стороны во все эти права или требования (переданные права требования), которые первая Договаривающаяся Сторона вправе осуществлять в том же объеме, что и ее предшественник по праву. В отношении перевода платежей, осуществляемого на основании переданных прав требования, действуют соответственно пункты 2 и 3 статьи 4, а также статья 5 настоящего Договора.

Статья 7

1. Перевод платежей, указанный в пунктах 2 или 3 статьи 4, а также в статьях 5 или 6, будут осуществляться незамедлительно по курсу, действующему в данный момент. Перевод считается выполненным "незамедлительно" в пределах того срока, который при нормальных обстоятельствах требуется для соблюдения формальностей осуществления перевода. Срок начинается с момента подачи соответствующей заявки и ни в коем случае не должен превышать два месяца.

2. Курс, упомянутый в пункте 1 настоящей статьи должен соответствовать совмещенному курсу (cross rate), вытекающему из тех расчетных курсов, которые Международный валютный фонд взял бы за основу пересчета соответствующих валют в специальные права заимствования в момент осуществления платежей.

Статья 8

При перевозке груза и лиц в связи с капиталовложением ни одна из Договаривающихся Сторон не будет запрещать или прелятствовать транспортным предприятиям другой Договаривающейся Стороны осуществлять транспортные операции и будет, по мере необходимости, выдавать разрешения на выполнение этих перевозок. Сюда относятся перевозки:

- a) груза, предназначенного непосредственно для капиталовложения в смысле настоящего Договора, или приобретаемого на территории одной из Договаривающихся Сторон или третьего государства за счет средств или по поручению предприятия, в которое вложены имущественные ценности в смысле настоящего Договора;
- b) лиц, находящихся в командировке в связи с капиталовложением.

Статья 9

1. Если из законодательства одной Договаривающейся Стороны или международно-правовых соглашений, существующих между Договаривающимися Сторонами наряду с настоящим Договором или заключаемых ими в будущем, вытекает общее или специальное положение, согласно которому капиталовложения граждан или обществ другой Договаривающейся Стороны пользуются более благоприятным режимом, чем по настоящему Договору, то такое положение будет иметь преимущество перед положениями настоящего Договора в той части, в которой оно более благоприятно.

2. Каждая из Договаривающихся Сторон будет соблюдать любое другое обязательство, которое она приняла на себя в отношении капиталовложений граждан или обществ другой Договаривающейся Стороны на своей территории.

Статья 10

Настоящий Договор действует также в отношении капиталовложений, которые были осуществлены гражданами или обществами одной Договаривающейся Стороны в соответствии с законодательством другой Договаривающейся Стороны на ее территории уже до вступления в силу настоящего Договора.

Статья 11

1. Споры между обеими Договаривающимися Сторонами о толковании или применении настоящего Договора, по возможности, будут решаться правительствами обеих Договаривающихся Сторон.

2. Если спор не может быть урегулирован таким путем, то по требованию одной из Договаривающихся Сторон он передается на решение третейского суда.

3. Третейский суд создается для каждого конкретного случая, причем каждая Договаривающаяся Сторона назначает по одному члену третейского суда, и оба члена третей-

ского суда совместно договариваются о кандидатуре гражданина третьего государства, который назначается правительствами обеих Договаривающихся Сторон в качестве председателя третейского суда. Члены третейского суда должны быть назначены в течение двух месяцев, в председатель третейского суда - в течение трех месяцев с момента, когда одна из Договаривающихся Сторон сообщит другой Договаривающейся Стороне о своем намерении передать спор на решение третейского суда.

4. Если сроки, указанные в пункте 3 настоящей Статьи, не будут соблюдены, то при отсутствии иной договоренности каждая Договаривающаяся Сторона может обратиться к председателю Международного суда ООН с просьбой осуществить необходимые назначения. Если председатель имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон или другая причина мешает ему осуществить назначения, то его заместитель осуществит их. В том случае, если и заместитель председателя имеет гражданство одной из Договаривающихся Сторон, или он лишен возможности действовать, то назначения осуществит следующий по чину член Международного суда, не имеющий гражданства одной из Договаривающихся Сторон.

5. Третейский суд выносит свое решение большинством голосов. Это решение имеет обязательную силу. Каждая из Договаривающихся Сторон несет расходы, связанные с деятельностью назначенного ею члена третейского суда, а также по своему представительству в арбитражном процессе; расходы, связанные с деятельностью председателя третейского суда, а также прочие расходы Договаривающейся Стороны несут в равных долях. Третейский суд может договориться о другом урегулировании вопроса о несении расходов. По всем остальным вопросам третейский суд определяет порядок своей работы самостоятельно.

6. Если обе Договаривающиеся Стороны являются государствами-сигнатариями Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., то с учетом положений пункта 1 статьи 27 данной Конвенции невозможно обратиться к указанному в настоящей статье третейскому суду, если между гражданином или обществом одной Договаривающейся Стороны и другой Договаривающейся Стороной достигнута договоренность в соответствии со статьей 25 Конвенции. Этим не затрагивается возможность обратиться к указанному в настоящей статье третейскому суду в случае несоблюдения решения третейского суда, действующего в соответствии с упомянутой Конвенцией (статья 27), или в случае передачи прав в силу закона или на основании договора согласно статье 6 настоящего Договора.

Статья 12

1. Споры относительно капиталовложений между одной Договаривающейся Стороной и гражданином или обществом другой Договаривающейся Стороны по возможности должны регулироваться сторонами в споре дружественным путем.

2. Если спор не может быть урегулирован в течение шести месяцев с момента заявления о нем одной из сторон в споре, то по требованию гражданина или общества другой Договаривающейся Стороны он передается на решение третейского суда. Если стороны в споре договариваются об иной процедуре, то следует соответственно применять пункты 3-5 статьи 11 настоящего Договора таким образом, чтобы назначение членов третейского суда осуществлялось сторонами в споре в соответствии с пунктом 3 статьи 11 настоящего Договора, и чтобы каждая сторона в споре - в случае несоблюдения срока, указанного в пункте 3 статьи 11 настоящего Договора и при отсутствии иной договоренности - могла просить председателя арбитражного суда Международной торговой палаты в Париже выполнить необходимые назначения. Решение третейского суда приводится в исполнение в соответствии с национальным законодательством.

3. Во время третейского разбирательства или исполнения решения третейского суда участвующая в споре Договаривающаяся Сторона не будет выдвигать в качестве аргумента то, что граждани или общество другой Договаривающейся Стороны получили частичную или полную компенсацию за понесенный ущерб на основании страхования.

4. Если обе Договаривающиеся Стороны являются также государствами-сигнатариями Конвенции об урегулировании споров между государствами и гражданами других государств относительно капиталовложений от 18 марта 1965 г., то упомянутые в этой статье споры между участвующими в них сторонами будут рассматриваться в третейском суде в соответствии с вышеуказанной Конвенцией за исключением тех случаев, в отношении которых стороны в споре договариваются об иной процедуре; настоящим каждая Договаривающаяся Сторона дает свое согласие на такой порядок.

Статья 13

Настоящий Договор действует независимо от того, существуют ли между обеими Договаривающимися Сторонами дипломатические или консульские отношения.

Статья 14

1. Настоящий Договор подлежит ратификации; обмен ратификационными грамотами будет осуществлен в возможно короткий срок.

2. Настоящий Договор вступит в силу через один месяц после обмена ратификационными грамотами. Он будет действовать в течение десяти лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон не заявит в письменной форме о денонсации настоящего Договора за двенадцать месяцев до истечения срока его действия, настоящий Договор продлевается на неограниченный срок. По истечении десяти лет настоящий Договор может быть денонсирован в любое время при соблюдении срока в двенадцать месяцев.

3. В отношении капиталовложений, осуществленных до момента прекращения действия настоящего Договора, положения статей 1-13 будут оставаться в силе в течение дальнейших двадцати лет со дня прекращения действия Договора.

Совершено в Бонне, "28" апреля 1993 года, в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком, узбекском и русском языках, причем все тексты имеют силу. При расхождении в толковании немецкого и узбекского текстов будет преобладать текст на русском языке.

Für die Bundesrepublik Deutschland
За Федеративную Республику Германия
Kinkel

Für die Republik Usbekistan
За Республику Узбекистан
Safajew

[UZBEK TEXT — TEXTE OUZBEK]

Германия Федератив Республикаси
билан Ўзбекистон Республикаси
уртасида сармоялар қўйишни амалга ошириш
ва узаро ҳимоя қилишга қўйилган туғрисида

ШАРТНОМА

Германия Федератив Республикаси ва Ўзбекистон Республикаси,

ҳар икки давлат уртасида иқтисодий ҳамкорликни чуқурлаштириш йўлида,

бир давлат фуқаролари ёки жамиятларининг бошқа давлат ҳудудида сармояларини қўйиши учун қулай имкониятларни яратишга интилиб,

бу сармояларнинг қўйилиши ва шартнома асосида ҳимоя қилиниши хусусий иқтисодий ташаббуснинг жонланишига, ҳамкорликнинг чуқурлашишига ва ҳар икки мамлакат халқи фаровонлигини янада оширишга ёрдам беришини англаб,

қуйидагилар ҳақида ахдлашиб олдилар:

1-МОДДА

Ушбу Ёштим мақсадлари йулида:

1. "Қўйилган сармоялар" атамаси барча мулкий бойликларни, хусусан:

а) кучар ва кучмас ашёлар шаклидаги мулкни ҳамда ипотека, гаров ҳуқуқи каби шаклдаги мулкни ҳуқуқларни;

б) жамиятларда ҳиссабай ва бошқа турда иштирок этиш ҳуқуқини;

в) иқтисодий қийматга эга бўлган иқтисодий бойликларни яратишда фойдаланилган пул маблағлари ёхуд иқтисодий қийматга

эга булган хизматлар буйича талаб этиш ҳуқуқини;

г) муаллифлик ҳуқуқлари, патентлар, фойдали моделлар, санъат намуналари ва моделлар, товар белгилари, фирма номлари, ишлаб чиқариш ва тижорат сирлари, технология, " ноу-хау " ва " гудвил " каби ақлий мулкка булган ҳуқуқларни;

д) ижтимоий-ҳуқуқий концессиялар, шу қумладан табиий бойликларни қидириш ва қазиб олишга булган концессияларни қамраб олади.

Мулкий бойликлар қуйилиш шаклининг узагарини уларнинг қуйилган сармоя сифатидаги хусусиятига дахл қилмайди.

2. "Даромад" атамаси қуйилган сармоядан муайян давр ичида олинадиган фойда ҳиссаси, дивиденд, фойзалар, лицензия ёки бошқа йусиндаги мукофотлар каби суммаларни англатади.

3. "Фуқаро" атамаси :

а) Германия Федератив Республикасига нисбатан:
Германия Федератив Республикасининг Асосий қонунига мувофиқ немисларни;

б) Ўзбекистон Республикасига нисбатан :
Ўзбекистон Республикасининг амалдаги қонунларига мувофиқ Ўзбекистон Республикаси фуқаролари ҳисобланган шахсларни англатади.

4. "Ҳамият" атамаси:

а) Германия Федератив Республикасига нисбатан:
қридик шахс ҳуқуқига эга ёки эга булмаган, Германия Федера-

тив Республикаси ҳудудида жойлашган, уз фаолиятини фойда олишга ёки олмасликка йуналтирганлигига қарамасдан, ҳар қандай юридик шахс ёки савдо жамияти, бошқа ширкатлар ёхуд уюмларини;

б) Ўзбекистон Республикасига нисбатан: амалдаги қонунларга мувофиқ тузилиб, сармоялар қуйишга қонуний ҳуқуқли бўлган ва Ўзбекистон Республикаси ҳудудида жойлашган ҳар қандай юридик шахсни аниқлатади.

5. "Эркин ўтказиш" атамаси:

а) миллий валютада олинadиган суммаларни эркин муомаладаги валютага ўтказиб, кейин чет элга юборишни;

б) инвесторнинг банк ҳисобларида мавжуд эркин муомаладаги суммаларини чет элга юборишни аниқлатади.

Фуқароликни белгилашнинг бошқа тартиб-қоидаларини чеклашга, хусусан тегишли Аҳдлашувчи Томоннинг ваколатли органи берган миллий паспортга эга бўлган ҳар қандай шахс Аҳдлашувчи Томонлардан бири фуқароси деб ҳисобланади.

2-МОҚДА

1. Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири имкони борича бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларининг сармояларини қуйишига қумаклашади ва уз қоиунларига мувофиқ бу сармояларга йул очиб беради. Ҳар бир алоҳида ҳолатда у қуйилган сармояларга тулиқ одилона муносабатда бўлади.

2. Аҳдлашувчи Томонларнинг бирон-бири уз ҳудудида уаботимча ёки камситувчи чораларни кулляб, бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларининг қуйган сармояларини бошқариш, тасарруф

этиш ва ишлатиш ҳамда улардан фойдаланишларини сира чекламайди.

3. Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг ҳуқуқий тартибот соҳасидаги қонунларига мувофиқ бошқа Аҳдлашувчи Томоннинг фуқаролари ёки жамиятлари қўйган сармоялар ушбу Шартнома асосида тулиқ ҳимоя қилинади. Қўйилган сармоялардан олинган даромадлар ҳамда улар қайта қўйилгандан кейин олинadиган даромадлар қўйилган сармоя каби тенг ҳимояланади.

4. Ушбу Шартнома мустасно иқтисодий тегра ҳудудида ҳамда континентал шельфа ҳам халқаро ҳуқуқ тегишли Аҳдлашувчи Томонга уэ суверен ҳуқуқлари ва ваколатларини бажаришга имкон берадиган даражада амал қилади.

3-МУДДА

1. Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири уэ ҳудудида бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларининг мулки ёки уларнинг таъсири остида булган қўйилган сармояларга нисбатан уэ фуқаролари ёки жамиятлари ёхуд учинчи давлат фуқаролари ёки жамиятлари қўйган сармояларга қараганда қулайлик жиҳатдан кам булмаган тартиботни таъминлайди.

2. Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири уэ ҳудудида бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларига нисбатан уларнинг сармоялар қўйиш билан боғлиқ феолиятларида уэ фуқаролари ёки жамиятлари ёхуд учинчи давлат фуқаролари ёки жамиятларига қараганда қулайлик жиҳатдан кам булмаган тартиботни таъминлайди.

3. Бу тартибот божхонавий ёки иқтисодий иттифоқларда, умумий бозорда ёки эркин савдода иштирок этиш ёки улар билан бирлашиш муносабати билан учинчи давлат фуқаролари ёки жамиятларига Аҳдлашувчи Томонлардан бири берадиган имтиёзлар ёки енгиллик-

ларга нисбатан жорий этилмайди.

4. Ушбу моддага мувофиқ таъминланадиган тартибот бир Аҳдлашувчи Томон икки томонлама солиқ солишга йул қуймаслик туғрисида битим ёки солиқ масалалари ҳусусидаги бошқа аҳдлашувларга биноан учинчи давлат фуқаролари ёки жамиятларига берадиган имтиёзларга нисбатан жорий этилмайди.

5. Ушбу модданинг 2-қисмида қайд этилган "фаолият" маъносига, ҳусусан лекин нафақат, қўйилган сармояларни бошқариш ва тасарруф этиш, ишлатиш ҳамда улардан фойдаланиш маъносида қараловим. Ушбу моддада назарда тутилган "қулайлик жиҳатдан кам" тартиботи маъносига, ҳусусан ҳам ашё ва ёрдамчи материалларга, энергия ва ёқилғига ҳамда ишлаб чиқариш ва оборот воситаларининг барча турларига эга бўлишни чеклаш, маҳсулотни мамлакат ичида ва хорижда сотишга тўсқинлик қилиш ҳамда оқибати моҳиятан шунга ухшаш чораларнинг амалга оширилиши маъносида қаралиши лозим. Жамоат хавфсизлиги ва жамоат тартибини, халқнинг саломатлигини ёки ахлоқни муҳофаза қилиш мақсадида қўриладиган чоралар ушбу модда маъносидаги "қулайлик жиҳатдан кам" тартиботи сифатида ҳисобланмайди.

6. Ушбу модда қоидалари Аҳдлашувчи Томоннинг зиммасига солиқ туғрисидаги қонунларга биноан ушбу ҳудудда яшаш жойига эга бўлган ёки жойлашган кимсони шахс ёки жамиятларгагина бериладиган солиқ буйича имтиёзлар, оғод этиш ва камайтиришларни бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудида яшаш жойига эга бўлган ёки жойлашган кимсони шахслар ёки жамиятларга нисбатан жорий этиш мажбуриятини юкламайди.

7. Аҳдлашувчи Томонлар ушбу миллий қонунлари доирасида сармоя қўйиш муносабати билан бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудига келиш ниятида бўлган Аҳдлашувчи Томонлардан бири шахсларининг келиши

ва истиқомат этишига оид талабномаларни хайрихоҳлик билан куриб чиқадилар; маъмур қоида сармоя қўйиш муносабати билан бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудига келиб, у ерда меҳнат фаолиятини амалга ошириш мақсадида туриш ниятида булган Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг меҳнаткашларига ҳам татбиқ этилади. Ишлаш учун рухсат бериш туғрисидаги талабномалар ҳам хайрихоҳлик билан куриб чиқилади.

4-МУДДА

1. Аҳдлашувчи Томонлардан бири фуқароси ёки жамиятининг бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудида қўйган сармояларининг хавфсизлиги тулиқ ҳимояланади.

2. Аҳдлашувчи Томонлардан бири фуқароларининг ёки жамиятларининг бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудида қўйган сармоялари мажбуран олиб қўйиш, миллийлаштириш ёки моҳиятан шундай оқибатларга эга чораларга фақат жамоат манфаатларини қўзғаб ва тоvon тулаш орқалигина дучор этилади. Товон миқдори ҳақиқатдан амалга оширилган ёки амалга ошириладиган мажбурий олиб қўйиш, миллийлаштириш ёки моҳиятан шу каби оқибатларга эга булган чоралар туғрисида бевосита расман маълум булиб қолган пайтга қадар белгиланган олиб қўйилган сармояларнинг қийматига муносиб булиши лозим.

Товон аудлик билан туланиши лозим ва у тулангунга қадар тоvon суммасига банк фонълари - амалдаги фонд меъёрига мувофиқ қўшиб ҳисобланади; тоvon амалий жиҳатдан фойдаланиладиган ва эркин ўтказиладиган булиши лозим. Мажбуран олиб қўйиш, миллийлаштириш ёки моҳиятан шунга ухшаш чоралар амалга оширилган пайтдан кечикмай, тоvonнинг миқдори ва тулаш тартиби белгиланиши ҳоасидан зарур профилактик чоралар курилиши керак. Мажбуран олиб қўйиш, миллийлаштириш ёки моҳиятан шунга ухшаш чораларнинг қонунийлиги ҳамда тоvon миқдори суд-тартибида куриб чиқирилиши қўзда тутилган булиши лозим.

3. Аҳдлашувчи Томонлардан бири фуқаролари ёки жамиятларининг бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудида қўйган сармояларига уруш ёки бошқа қуролли тўқнашувлар, инқилоб, фанкулдэ ҳолат ёки ғалаён натижасида зийн етказилса, зарарни қоплаш, воя кечиш учун талаб қилинадиган суммалар, товои ёки бошқа мукофотларга нисбатан бу Аҳдлашувчи Томон уа фуқаролари ёки жамиятларини таъминлайдиган тартиботдан қулайлик жиҳатдан кам бўлмаган тартиботни жорий қилади. Бу суммалар эркин утказиладиган бўлиши лозим.

4. Башарти, давлат сармоя қўйилган корхонага уа тадбирлари билан аралашиб унга жиддий иқтисодий зарар етказса, у ҳолда ҳам товои талаб қилиш ҳуқуқи квага келади.

5. Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг фуқаролари ёки жамиятлари бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудида ушбу моддада тартибга солинадиган масалаларга нисбатан мумкин қадар қулайлик яратиш принциpidан фойдаланади.

5-МОДДА

Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларига қўйган сармояларига боғлиқ туловларни, хусусан :

- а) қўйилган сармояларни сақлаш ёки ҳажмини купайтириш учун сармоя ва қушимча суммаларни;
- б) даромадни;
- в) заёмларнинг қийматини қайтаришда туланадиган суммаларни;
- г) қўйилган сармояларни тулиқ ёки қисман тугатиш ёки сотиш

муносабати билан вужудга келадиган тушимлари;

д) ушбу Шартноманинг 4-қисмида кузда тутилган товоиларни эркин утказишни таъмин этади.

6-МОДА

Башарти, Аҳдлашувчи Томонлардан бири бошқа Аҳдлашувчи Томон ҳудудидаги қуйилган сармояларнинг кафолати асосида уз фуқаролари ёки жамиятларига суммалар тулашни амалга оширса, бошқа Аҳдлашувчи Томон ушбу Шартноманинг 10-моддасидан келиб чиқадиган биринчи Аҳдлашувчи Томон ҳуқуқларини чекламасдан, бу фуқаро ёки жамиятларнинг барча ҳуқуқ ёки талабларини қонун ёки шартномага кура биринчи Аҳдлашувчи Томонга утказишини тан олади. Ундан ташқари бошқа Аҳдлашувчи Томон биринчи Аҳдлашувчи Томоннинг олдинги ҳуқуқ эгаси муқаддам амалга оширган ҳажмдаги барча ҳуқуқ ва талабларга (талаб этиш ҳуқуқларига) эга бўлганини тан олади. Утказилган талаб этиш ҳуқуқларига биноан амалга ошириладиган туловларни утказишга нисбатан тегишли равишда ушбу Шартноманинг 4-моддаси 2 ва 3-қисми ҳамда 5-моддаси татбиқ этилади.

7-МОДА

1. 4-модданинг 2 ёки 3 қисми ҳамда 5 ёки 6-моддада курсатилган туловлар уша вақтда амалда бўлган курс буйича зудлик билан утказилади. Нормал шароитларда утказишни амалга оширишдаги расмийчиликларга риоя қилиш учун талаб этиладиган муддат ичида утказиш "зудлик билан" бақарилган деб ҳисобланади. Муддат бошланиши тегишли тақдирнома берилган пайтдан бошлаб ҳисобланади ва асло икки ойдан ошмаслиги логим.

2. Ушбу модданинг 1-қисмида зикр этилган курс Халқаро валюта фонди туловлар амалга оширилган чоғда тегишли валюталарни айлантиришнинг махсус ҳуқуқларига қайта ҳисоблашда асос сифатида олиши мумкин бўлган ҳисоб-китоб курсларидан келиб чиқадиган бирлаштирилган курс (cross rate) га мос бўлиши керак.

8-МОДДА

Сармояларни қуйиш муносабати билан ик ва одамларни ташишда Аҳдлашувчи Томонлардан бирон-бири бошқа Аҳдлашувчи Томоннинг нақлиёт корхоналарига нақлиёт операцияларининг бажаришларини тақиқламайди ёки уларга тусқинлик қилмайди ва заруратга қараб бу ташишларни бажариш учун рухсатномалар беради. Буларга :

а) ушбу Шартнома маъносида бевосита қуйилган сармоя учун муҳалланган ёки Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг ёки учинчи давлат ҳудудида маакур Шартномада курсатиб утилган мулкий бойликлар қуйилган корхонанинг маблаглари ҳисобига ёки унинг топширигига биноан сотиб олинган лкларни ташиш ;

б) қуйилган сармоя муносабати билан сафарда бўлган шахслар киради.

9-МОДДА

1. Башарти Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг қонунларидан ёки Аҳдлашувчи Томонлар уртасида ушбу Шартнома билан бир қаторда мавжуд бўлган ёки келажақда тузиладиган халқаро ҳуқуқий битимлардан бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқаролари ёки жамиятларининг қуйган сармоялари ушбу Шартномага қараганда қулайроқ тартибдан фойдаланиш ҳақида умумий ёки махсус қоида келиб чиқса, бундай қоида маакур Шартнома қоидаларига нисбатан қулайроқ бўлган қисмида устиворлик қилади.

2. Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири уа худудидаги бошқа Аҳдлашувчи Томоннинг фуқаролари ёки жамиятлари қуйган сармояларга нисбатан уа зиммасига олган ҳар қандай бошқа мажбуриятларга риоя қилади.

10-МОДДА

Ушбу Шартнома Аҳдлашувчи Томонлардан бири фуқаролари ёки жамиятлари ушбу Шартнома кучга киргунга қадар бошқа Аҳдлашувчи Томон худудида унинг қонунларига мувофиқ қуйилган сармояларга нисбатан ҳам амал қилади.

11-МОДДА

1. Ушбу Шартномани шарҳлаш ва қўллаш хусусида ҳар икки Аҳдлашувчи Томонлар уртасидаги низоларни имкони борича Томонларнинг ҳукуматлари ҳал этади.

2. Агар нивони шу тариқа ҳал этиш имкони бўлмаса, Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг талабига мувофиқ у ҳакамлик суди муҳокамасига берилади.

3. Ҳакамлик суди ҳар бир алоҳида ҳолат учун тувилади, ҳар бир Аҳдлашувчи Томон бунда ҳакамлик судининг бир аъзосини тайинлайди, ҳакамлик судининг икки аъзоси биргаликда Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳукуматлари ҳакамлик суди раиси сифатида тайинландиган учинчи давлат фуқаросининг номзоди хусусида келишиб оладилар. Аҳдлашувчи Томонлардан бири бошқа Аҳдлашувчи Томонга нивони ҳакамлик суди муҳокамасига бериши туғрисида ниятини билдирган пайтдан бошлаб икки ой ичида ҳакамлик суди аъзолари, уч ой ичида эса ҳакамлик суди раиси тайинланиши керак.

4. Башарти, ушбу модданинг 3-қисмида қўрсатилган муддатларга

риоя этилмаса, бошқача келишув бўлмаган тақдирда, ҳар бир Аҳдлашувчи Томон Бирлашган Миллатлар Ташкилотининг Халқаро суди раисига зарур тайинлашларни амалга оширишни сўраб мувожаат этиши мумкин. Агар раис Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг фуқароси бўлса ёки бошқа сабаб тайинлашларни амалга оширишга тўқтинлик қилса, тайинлашлар унинг уринбосари томонидан амалга оширилади. Агар раиснинг уринбосари ҳам Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг фуқароси бўлса ёки у иш куриш имкониятидан маҳрум бўлса, у ҳолда тайинлашларни Аҳдлашувчи Томонлардан биринининг фуқароси бўлмаган Халқаро суднинг давоним мижатдан кейин турадиган аъзоси амалга оширади.

5. Ҳакамлик суди ўз қарорини купчилик овоз билан чиқаради. Ушбу қарор мажбурий кучга эга бўлади. Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар бири ўзи тайинлаган ҳакамлик суди аъзоси фаолияти ҳамда арбитраж жараёнидаги ўз вакиллиги билан боғлиқ харажатларни қўтаради; ҳакамлик суди раиси фаолияти билан боғлиқ, шунингдек бошқа харажатларни Аҳдлашувчи Томонлар тенг ҳиссаларда қўтарадилар. Ҳакамлик суди харажатларни қўтариш ҳусусида бошқача тарада тартибга солиш ҳақида келишиб олиши мумкин. Бошқа барча масалалар бўйича ишни куриш тартибини ҳакамлик суди мустақил белгилайди.

6. Башарти, Аҳдлашувчи Томонларнинг ҳар иккиси давлатлар билан бошқа давлатлар фуқаролари уртасида сармояларга оид инволарни тартибга солиш туғрисида 1963 йил 18 март Конвенциясини имзолаган давлатлар бўлишса, мазкур Конвенциянинг 27 моддаси 1-банди қоидаларини эътиборга олиниб, Башарти, Аҳдлашувчи Томонлардан бирининг фуқароси ёки камияти билан бошқа Аҳдлашувчи Томон уртасида Конвенциянинг 25-моддаси асосида келишиб олинган бўлса, ушбу моддада қайд этилган ҳакамлик судига мувожаат этиш мумкин эмас. Бу билан Мазкур Конвенция (27-модда) га мувофиқ амал қиладиган ҳакамлик суди қарорига риоя этилмаганда ёки ушбу

Шартноманинг 6- моддасига қура қокун ёхуд шартнома асосида ҳуқуқлар утказилганда, маъқур моддада курсатилган ҳакамлик судига муурожаат этиш имкониятига даҳл қилинмайди.

12-МОДДА

1. Аҳдлашувчи Томонлардан бири ва бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқароси ёки жамияти уртасида қуйилган сармоялар хусусида низо-ларни томонлар имконияти борица дустона йуллар билан ҳал этиш-лари логим.

2. Башарти, низои унда илтирок этаётган томонлардан бири бу турғида билдирган пайтдан бошлаб олти ой ичида ҳал этиш им-конияти бўлмаса, бошқа Аҳдлашувчи Томон фуқароси ёки жамияти-нинг талабига қура низо ҳакамлик суди муҳокамасига топширилади. Агар низолашувчи томонлар бошқача тартиб турғисида келиши олма-салаф, ҳакамлик суди аъзоларини тайинлашни низолашувчи томонлар ушбу Шартноманинг 11-моддаси 3-қисмига мувофиқ амалга оширишлар-и ҳамда шу модданинг 3-қисмида курсатилган муддатларга риоя этилмаганда ва бошқача келишув маъқуд бўлмаган тақдирда, ҳар бир Аҳдлашувчи Томон Париждаги Халқаро савдо палатаси арбитраж суди раисидан ааруф тайинлашларни амалга оширишни сурай олиши учун ушбу Шартноманинг 11-моддаси 3-5-қисмлари тегишлича татбиқ эти-лиши логим.

3. Ҳакамлик суди муҳокамаси ёки унинг қарорини идро этиш жараёнида низода илтирок этаётган Аҳдлашувчи Томон бошқа Аҳдла-шувчи Томон фуқароси ёки жамияти қурган аарар учун суғурта асо-сида қисман ёки тулиқ товон олганлигини далил сифетида келтир-маслиғи керак.

4. Башарти, ҳар икки Аҳдлашувчи Томон давлатлар ва бошқа

давлатлар фуқаролари уртасида сармояларга оид низоларни тартибга солиш туғрисида 1965 йил 18 март Конвенциясини ҳам имзолаган давлатлар булишса, томонлар уртасидаги ушбу моддада зикр этилган низолар юқорида қайд этилган Конвенцияга муъофиқ қақамлик судида куриб чиқилади, низолашувчи томонларнинг бошқача тартиб-коида туғрисида юелишиб олишлари бундан мустаснодир; ушбу билан ҳар бир Аҳдлашувчи Томон бундай тартибга уғ роғилигини беради.

13-МОДДА

Ушбу Шартнома ҳар икки Аҳдлашувчи Томонлар уртасида дипломатик ёки консуллик муносабатлари мавжуд ёки мавжуд эмаслигига қарамай амал қилади.

14-МОДДА

1. Ушбу Шартнома ратификация қилиниши лозим; ратификация ёрлиқлари билан алмашиш мумкин қадар қисқа муддат ичида амалга оширилади.

2. Ушбу Шартнома ратификация ёрлиқлари билан алмашилган пайтдан бошлаб бир ой утгач кучга киради. У ун йил давомида амал қилади. Башарти, Аҳдлашувчи Томонлардан бирон -бири маъкур Шартноманинг амал қилиш муддати тугашига ун икки ой қолганда уни денонсация қилиш туғрисида ёзма тарзда билдиришса, маъкур Шартнома номуайян муддатга уваяди. Ун йил уттанган сунг ун икки ой ичида денонсация қилиш муддатига риоя қилиниб, ушбу Шартноманинг амал қилишини ҳар қандай вақтда тухтатиш мумкин.


3. Ушбу Шартноманинг амал қилиши тухтатилишига қадар қуйилган сармояларга нисбатан 1-13-моддаларнинг қоидалари Шартноманинг амал қилиши тухтатилгандан сунг кейинги йигирма йил даво-

мида кучда қолади.

Бонн шаҳрида 1993 йил "29" апрель кuni ҳар бири немис, узбек ва рус тилларида тайёрланди. Барча матнлар кучга эга. Немис ва узбек тилларидаги матнларни шарҳлашда тафсилат, рус тилидаги матн устивор ҳисобланади.

Германия Федератив Республикаси
Ҳукумати номидан

Ўзбекистон Республикаси
Ҳукумати номидан

 K:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE
REPUBLIC OF UZBEKISTAN CONCERNING THE PROMOTION AND
RECIPROCAL PROTECTION OF INVESTMENTS

The Federal Republic of Germany and the Republic of Uzbekistan,
Desiring to intensify economic cooperation between the two States,
Striving to create favourable conditions for investments by nationals or companies of
one State in the territory of the other State,
Recognizing that the promotion of such investments and their protection on the basis
of a treaty will stimulate private economic initiative, intensify economic cooperation and
increase the prosperity of both peoples,
Have agreed as follows:

Article 1

For the purposes of this treaty,

1. The term "investments" shall comprise all types of assets, in particular:

(a) Movable and immovable property, as well as other rights in rem such as mortgages
and liens;

(b) Shares in companies and other forms of participation in companies;

(c) Claims to money used to create an article of economic value, or claims to services
which have an economic value;

(d) Intellectual property rights, such as copyright, patents, utility models, industrial
patterns and models, trademarks, trade names, business and trade secrets, technical pro-
cesses, know-how and good will;

(e) Business concessions under public law, including prospecting and mining conces-
sions connected with natural resources.

Any alteration of the form in which the assets are invested shall not affect their classi-
fication as an investment.

2. The term "returns" shall mean those amounts yielded by an investment over a certain
period, such as percentages of profits, dividends, interest and licences or other fees.

3. The term "nationals" shall mean:

(a) In the case of the Federal Republic of Germany: Germans within the meaning of
the basic law of the Federal Republic of Germany;

(b) In the case of the Republic of Uzbekistan: Persons who are nationals of the Repub-
lic of Uzbekistan in accordance with the current laws of the Republic of Uzbekistan.

4. The term "companies" shall mean:

(a) In the case of the Federal Republic of Germany: Any juridical person, commercial or other company or association, with or without legal personality, having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are profit-oriented;

(b) In the case of the Republic of Uzbekistan: Any juridical person established in accordance with current laws, entitled to make investments, and having its seat in the territory of the Republic of Uzbekistan.

5. The term "free transfer" shall mean:

(a) The exchange into freely convertible currency of any payable sums of money denominated in national currency, and the subsequent export of such sums;

(b) The export of sums of money in freely convertible currency on the bank accounts of an investor.

Without prejudice to any other procedure to determine nationality, every person who possesses a national passport issued by the relevant authorities of the Contracting Party in question shall be deemed to be a national of that Contracting Party.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory as far as possible promote investments made by nationals or companies of the other Contracting Party and shall permit these investments in accordance with its legislation. In every case it shall afford investments fair and equitable treatment.

(2) Neither Contracting Party shall prejudice in any way by means of arbitrary or discriminatory measures the management, employment, use or enjoyment of investments by nationals or companies of the other Contracting Party in its territory.

(3) Investments made in accordance with the laws of one Contracting Party within its area of jurisdiction by nationals or companies of the other Contracting Party shall enjoy the full protection of this Treaty. Returns from an investment and, in the event of their reinvestment, the returns therefrom, shall enjoy the same protection as the investment.

(4) This Treaty shall also apply in the territories of the exclusive economic zone and the continental shelf, insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or powers in those territories.

(5) In matters governed by this article, nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party.

Article 3

(1) Each Contracting Party shall accord to investments in its territory that are the property or under the influence of nationals or companies of the other Contracting Party treatment that is no less favourable than that which it accords to investments of its own nationals and companies, or to investments of nationals and companies of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord to nationals or companies of the other Contracting Party in respect of their activities in connection with investments in its territory, treatment that is no less favourable than that which it accords to its own nationals and companies or to nationals and companies of third States.

(3) This treatment shall not apply to prerogatives which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States by virtue of their membership of or association with a customs or economic union, common market or free-trade area.

(4) The treatment accorded in pursuance of this article shall not apply to privileges which a Contracting Party grants to the nationals or companies of third States under a double taxation agreement or other agreements regarding matters of taxation.

(5) The following in particular, but not exclusively, shall be deemed "activities" within the meaning of paragraph 2 of this article: the management, employment, use and enjoyment of an investment. The following in particular shall be deemed "less favourable" treatment within the meaning of this article: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, energy, fuels or productive or operational equipment of all kinds, or impeding the sale of products on the domestic or foreign market, and other measures having similar effects. Measures which must be taken on grounds of public security and order, public health or morals shall not be deemed "less favourable" treatment within the meaning of this article.

(6) The provisions of this article shall not oblige a Contracting Party to extend to natural persons or companies domiciled in the territory of the other Contracting Party tax privileges, exemptions or reductions which, according to its tax laws, are granted solely to natural persons and companies domiciled in its territory.

(7) The Contracting Parties shall, within the framework of their national legislation, give sympathetic consideration to applications for the entry and sojourn of persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment; the same shall apply to employed persons of either Contracting Party who wish to enter the territory of the other Contracting Party in connection with an investment and to remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall likewise be given sympathetic consideration.

Article 4

(1) Investments by nationals or companies of a Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by nationals or companies of a Contracting Party may not be expropriated, nationalized or subjected to other measures the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party, save in the public interest and against compensation. Compensation must be equivalent to the value of the expropriated investment immediately preceding the date on which the actual or imminent expropriation, nationalization or comparable measure became publicly known. Compensation must be paid promptly and shall bear interest at the usual bank rate until the day on which it is paid. It must be effectively realizable and freely transferable. Appropriate provision shall be made for the assessment and payment of compensation, no later than on

the day on which the expropriation, nationalization or comparable measure occurs. The lawfulness of the expropriation, nationalization or comparable measure and the amount of compensation must be subject to review in proceedings by due process of the law.

(3) Nationals or companies of a Contracting Party who suffer losses on their investments in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflicts, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded no less favourable treatment by the latter Contracting Party than that Party accords to its own nationals or companies with regard to restitution, settlements, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) Entitlement to compensation shall also arise in the event that the State takes measures which interfere with an enterprise in which an investment has been made, thereby significantly impairing its economic value.

(5) Nationals or companies of a Contracting Party shall receive most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this article.

Article 5

Each Contracting Party shall guarantee to nationals or companies of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment, in particular:

- (a) Of the capital and additional amounts for maintaining or increasing the investment;
- (b) Of returns;
- (c) In repayment of loans;
- (d) Of the proceeds from the complete or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Of the compensation provided for in article 4.

Article 6

If a Contracting Party makes payments to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 10, shall recognize the assignment of all rights and claims of these nationals or companies to the first Contracting Party by virtue of law or a contract. The other Contracting Party shall further recognize the subrogation of the first Contracting Party to all the rights and claims (assigned claims) which the first Contracting Party is entitled to exercise to the same extent as its predecessor in title. Article 4, paragraphs 2 and 3, and article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments by virtue of the assigned claims.

Article 7

(1) Transfers under article 4, paragraphs 2 or 3, or articles 5 or 6 shall take place promptly at the exchange rate in force at the time. A transfer shall be deemed to have been "promptly" carried out if effected within the period of time normally required for compli-

ance with transfer formalities. The period shall begin on the date of the submission of the relevant application and may under no circumstances exceed two months.

(2) The exchange rate referred to in paragraph 1 of this article must be equivalent to the cross rate resulting from the rates of exchange which the International Monetary Fund would take as a basis for converting the currencies in question into special drawing rights on the date of the payment.

Article 8

Whenever goods and persons are to be transported in connection with an investment, a Contracting Party shall neither exclude nor hinder the transport enterprises of the other Contracting Party and shall, if necessary, issue permits as required to carry out the transport. This shall include the transportation of:

(a) Goods which are directly intended for the investment within the meaning of this Treaty, or which are purchased in the territory of a Contracting Party or third State by an enterprise or by order of an enterprise in which assets within the meaning of the Treaty have been invested;

(b) Persons travelling in connection with an investment.

Article 9

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty result in general or specific rules entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, these rules, to the extent that they are more favourable, shall prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall honour any other obligation it has accepted with regard to investments in its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

Article 10

This Treaty shall also apply to investments made before the entry into force of this Treaty by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with the legislation of the latter.

Article 11

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall be settled, if possible, by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled, it shall be submitted to an arbitral tribunal, upon the request of either Contracting Party.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted for each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and these two members shall agree upon a national of a third State as their chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. The members shall be appointed within two months and the chairman within three months from the date on which either Contracting Party informs the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph 3 have not been observed, in the absence of any other agreement, either Contracting Party may invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from making the appointments, the Vice-President shall make them. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he, too, is prevented from making the appointments, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make them.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decision by a majority of votes. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the costs of the chairman and other costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make different arrangements concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

(6) If both Contracting Parties are parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, in consideration of the provisions of article 27, paragraph 1 of the Convention, a dispute may not be brought before the arbitral tribunal provided for above if an agreement has been reached between the nationals or the company of one Contracting Party and the other Contracting Party under article 25 of the Convention. This shall not affect the possibility of referring the matter to the arbitral tribunal provided for above in the event that a decision of the arbitral tribunal established under the said Convention (article 27) is not complied with, or in the event of an assignment of rights by virtue of law or a contract under article 6 of this Treaty.

Article 12

(1) Disputes regarding investments between one of the Contracting Parties and a national or company of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the time of its being raised by one of the parties to it, it shall be submitted to arbitration proceedings if the national or company of the other Contracting Party so requests. Unless the parties to the dispute decide otherwise, the provisions of article 11, paragraphs 3 to 5 shall be applied *mutatis mutandis*, on condition that the members of the arbitral tribunal are appointed by the parties to the dispute in pursuance of article 11, paragraph 3, and that if the periods specified in article 11, paragraph 3 are not observed, in the absence of any other agreements, either party to the dispute may invite the Chairman of the Court of Arbitration of the International Chamber

of Commerce in Paris to make the necessary appointments. The arbitration award shall be enforced in accordance with national law.

(3) A Contracting Party which is a party to the dispute shall not at any stage in the arbitration proceedings or enforcement of an arbitration award raise the objection that the national or company of the other Contracting Party has received compensation from an insurance policy for part or all of the damage.

(4) If both Contracting Parties are also parties to the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, the disputes referred to in this article shall be subject to arbitration proceedings within the framework of the aforementioned Convention, unless the parties to the dispute decide otherwise. Each Contracting Party hereby declares its consent to such proceedings.

Article 13

This Treaty shall apply irrespective of whether or not diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

Article 14

(1) This Treaty is subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force one month from the date of the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for a period of 10 years; thereafter it shall be extended for an unlimited period unless denounced in writing by either Contracting Party 12 months before its expiration. After the expiry of the 10-year period, the Treaty may be denounced at any time with 12 months' notice.

(3) With regard to investments made prior to the date of termination of this Treaty, articles 1 to 13 shall continue to apply for a further period of 20 years from the date of termination of the Treaty.

Done at Bonn on 28 April 1993, in two original copies in the German, Uzbek and Russian languages, all texts being equally authentic. In the event of disagreements regarding the interpretation of the German and Uzbek texts, the Russian text shall prevail.

For the Federal Republic of Germany:

KINKEL

For the Republic of Uzbekistan:

SAFAJEV

EXCHANGE OF NOTES

I

THE MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS OF THE REPUBLIC OF UZBEKISTAN

Bonn, 28 April 1993

Sir,

On the occasion of the signing of the Treaty between Uzbekistan and the Federal Republic of Germany concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, I have the honour to inform you of the following:

The Government of the Republic of Uzbekistan, having been informed that the competent authorities of the Federal Republic of Germany are able to adopt measures to promote investments by German investors in Uzbekistan prior to the entry into force of the Treaty, shall provisionally implement the Treaty as from the date of its signature. This declaration is made in the expectation that the Government of the Federal Republic of Germany will consider assuming the guarantees for investments in Uzbekistan prior to the entry into force of the Treaty.

Accept, Sir, etc.

SAFAYEV

His Excellency Mr. Klaus Kinkel
Minister for Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany

II

THE FEDERAL MINISTER FOR FOREIGN AFFAIRS

Bonn, 28 April 1993

Sir,

I have the honour to acknowledge receipt of your note of 28 April 1993, which reads as follows:

[See note I]

Accept, Sir, etc.

KINKEL

His Excellency Mr. Sadik Salichovitch Safayev
Minister for Foreign Affairs of the Republic of Uzbekistan

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TRAITÉ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
RÉPUBLIQUE D'OUBÉKISTAN RELATIF À LA PROMOTION ET À LA
PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS

La République fédérale d'Allemagne et la République d'Ouzbékistan,
Animées du désir d'approfondir la coopération économique entre leurs deux pays,
S'efforçant de créer des conditions favorables pour les investissements de ressortis-
sants ou de sociétés de chacun des deux États sur le territoire de l'autre,

Reconnaissant qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investisse-
ments sont de nature à renforcer l'initiative économique dans le domaine de l'entrepreneariat
privé et à accroître la prospérité des deux peuples,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité :

1. Par "investissement", on entend les biens de toute nature, en particulier mais non ex-
clusivement :

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que les autres droits réels tels
qu'hypothèques et gages;

b) Les droits de participation dans des entreprises et tout type de parts de sociétés;

c) Les créances sur des montants monétaires employés pour créer une valeur
économique ou sur des prestations ayant une valeur économique et qui se rapportent à un
investissement;

d) Les droits de propriété intellectuelle tels que les droits d'auteur, les brevets, les
modèles déposés, les dessins et modèles industriels, les marques, les dénominations com-
merciales, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'ex-
traction;

les modifications du mode de placement des avoirs ne portent pas atteinte à leur qualité
d'investissements.

2. Par "revenus", on entend les montants rapportés par un investissement au cours
d'une certaine période, par exemple, les gains, dividendes, intérêts, redevances ou autres
rémunérations.

3. Par "ressortissants", on entend :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les personnes physiques
qui sont allemandes, au sens de la loi fondamentale de la République fédérale d'Allemagne,

b) En ce qui concerne la République d'Ouzbékistan : les personnes physiques qui pos-
sèdent la nationalité de la République d'Ouzbékistan, conformément à la loi;

4. Le terme "sociétés" désigne :

a) En ce qui concerne la République fédérale d'Allemagne : les personnes morales ainsi que les sociétés commerciales ou autres sociétés ou associations ayant ou non la personnalité juridique, qui ont leur siège sur le territoire allemand, qu'elles exercent ou non une activité lucrative;

b) En ce qui concerne la République d'Ouzbékistan : les personnes morales ayant leur siège sur le territoire de la République d'Ouzbékistan, qui sont enregistrées sur ce territoire et ont le droit d'effectuer des investissements.

5. Par "libre transfert", on entend

a) L'échange des montants obtenus dans la monnaie de l'une des Parties contractantes contre des devises convertibles, suivi de l'exportation de ces montants en devises librement convertibles; et

b) L'exportation des montants résultant d'une activité économique en devises librement convertibles, qui sont déposés dans les comptes bancaires des investisseurs.

Sans préjudice des autres procédures relatives à l'établissement de la nationalité, est notamment considérée comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne possédant un passeport national délivré par une autorité compétente de la Partie contractante concernée.

Article 2

1. Chacune des Parties contractantes encourage, dans la mesure de ses possibilités, les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante et admet ces investissements conformément à sa législation. Elle leur assure dans tous les cas un traitement juste et équitable.

2. Aucune des Parties contractantes ne portera préjudice sur son territoire à l'administration, à l'utilisation, à l'emploi ou à la mise à profit des investissements par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, d'une manière quelconque, au moyen de mesures arbitraires ou discriminatoires.

3. Les investissements effectués conformément à la législation d'une Partie contractante sur le territoire de cette dernière par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante jouissent de la protection complète du présent Traité. Les revenus d'un investissement et ceux afférents à leur réinvestissement jouissent de la même protection que l'investissement lui-même.

4. La validité du présent Traité s'étend à la zone économique exclusive et au Plateau continental sur lesquels chaque Partie contractante peut exercer des droits souverains et la compétence territoriale conformément au droit international.

5. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cas du présent article, les ressortissants ou les sociétés bénéficient, sur le territoire de l'autre Partie contractante, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 3

1. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer, sur son territoire, aux investissements appartenant à des ressortissants ou à des sociétés de l'autre Partie contractante ou dépendant de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie contractante, un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux investissements de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants et des sociétés d'États tiers.

2. Chacune des Parties contractantes s'engage à assurer, sur son territoire, aux activités des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante se rapportant à leurs investissements un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde aux activités de ses propres ressortissants ou sociétés ou des ressortissants ou sociétés d'États tiers.

3. Ce traitement ne s'applique pas aux privilèges qu'une Partie contractante accorde aux ressortissants ou aux sociétés de pays tiers pour participer à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre échange ou en raison de leur association avec de tels groupements.

4. Le traitement prévu dans le présent article ne vise pas les avantages qu'une Partie contractante pourrait accorder aux ressortissants ou aux sociétés d'État tiers en vertu d'un accord visant à éviter la double imposition ou d'autres accords en matière fiscale.

5. Par "activités" au sens du paragraphe 2, on entend en particulier, mais non exclusivement, l'administration, l'emploi, l'utilisation et la mise à profit d'un investissement. Par traitement "moins favorable" au sens du présent article, on entend en particulier : les restrictions à l'achat de matières premières et de matières auxiliaires, d'énergie et de combustible, ainsi que de moyens d'exploitation et de production de tous types, les entraves à la vente de produits dans le pays et à l'étranger et de toutes mesures ayant des effets analogues. Les mesures adoptées pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de moralité ne sont pas considérées comme traitement "moins favorable" au sens du présent article.

6. Aux termes des dispositions du présent article, une Partie contractante n'est pas tenue d'accorder aux personnes physiques et aux sociétés sur le territoire de l'autre Partie contractante les avantages, exonérations et abattements fiscaux dont la législation fiscale dispose uniquement à l'égard des personnes physiques et des sociétés domiciliées sur son territoire.

7. Les Parties contractantes examinent avec bienveillance, conformément à leur législation interne, les demandes d'entrée et de séjour émanant de personnes de l'autre Partie contractante qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de la première Partie contractante; la même règle sera d'application pour les salariés d'une Partie contractante, qui, à l'occasion d'un investissement, souhaitent pénétrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjourner pour exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail sont examinées avec bienveillance.

Article 4

1. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante bénéficient sur le territoire de l'autre Partie contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

2. Les investissements effectués par des ressortissants ou des sociétés d'une Partie contractante ne font pas l'objet, sur le territoire de l'autre Partie contractante, de mesures d'expropriation, de nationalisation ou d'autres mesures dont les conséquences équivaldraient à une expropriation ou à une nationalisation, sauf pour cause d'utilité publique et moyennant le versement d'une indemnité. L'indemnisation doit être de valeur équivalente à celle qu'avait l'investissement faisant l'objet de l'expropriation immédiatement avant la date à laquelle aura été annoncée publiquement la nationalisation ou la mesure équivalente. L'indemnité devra être versée sans retard et sera productrice d'intérêt jusqu'à la date du paiement aux taux d'intérêts bancaires usuels; elle devra être effectivement réalisable et librement transférable. Au plus tard à la date de l'expropriation, de la nationalisation ou des mesures équivalentes, les dispositions voulues devront être prises pour fixer le montant de l'indemnisation et en effectuer le versement. La légalité de l'expropriation, de la nationalisation ou autres mesures équivalentes et le montant de l'indemnisation doivent pouvoir faire l'objet d'une vérification au cours d'une procédure judiciaire régulière.

3. Les ressortissants ou les sociétés de l'une des Parties contractantes dont les investissements subissent un préjudice du fait d'une guerre ou d'un conflit armé, d'une révolution, d'un état d'urgence national ou d'une émeute sur le territoire de l'autre Partie contractante, bénéficient de la part de cette autre Partie contractante d'un traitement non moins favorable que celui qu'elle accorde à ses propres ressortissants et sociétés en matière de restitution, de dédommagement, d'indemnité ou autre mode de règlement. Ces montants seront librement transférables.

4. L'investisseur a droit à indemnisation même en cas d'intervention de la puissance publique dans l'entreprise à laquelle il participe et lorsque cette intervention cause un préjudice économique notable à son investissement.

5. En ce qui concerne les questions de réglementation dans le cas du présent article, les ressortissants ou les sociétés de chacune des Parties contractantes bénéficient, sur le territoire de l'autre Partie contractante, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

Chaque Partie contractante garantit aux ressortissants ou aux sociétés de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements en rapport avec un investissement, notamment :

- a) Le capital et les fonds additionnels nécessaires au maintien ou à l'augmentation de l'investissement;
- b) Les revenus;
- c) Le remboursement des prêts;
- d) Le produit de l'investissement en cas de liquidation ou d'aliénation totale ou partielle;

e) Les indemnisations visées à l'article 4.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses ressortissants ou l'une de ses sociétés en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale. L'autre Partie contractante reconnaît en outre la subrogation de la première Partie contractante dans lesdits droits et créances (créances cédées), que la première Partie est en droit d'exercer dans la même mesure que le ferait le prédécesseur en titre. Les dispositions des paragraphes 2 et 3 de l'article 4, ainsi que l'article 5, sont applicables mutatis mutandis aux transferts des paiements à effectuer en vertu des droits transférés.

Article 7

1. Les transferts visés aux paragraphes 2 et 3 de l'article 4 et aux articles 5 et 6 sont effectués sans retard au cours en vigueur. On considère que le transfert est effectué "sans retard" lorsqu'il est réalisé dans le délai normalement nécessaire pour l'accomplissement des formalités de transfert. Ce délai, qui ne pourra en aucun cas excéder deux mois, commencera à courir au moment de la remise d'une demande en bonne et due forme.

2. Le cours mentionné au paragraphe 1 du présent article devra correspondre au taux croisé découlant des taux sur lesquels le Fonds monétaire international se baserait pour calculer les monnaies respectives à l'endroit de tirages spéciaux à la date du paiement.

Article 8

Pour ce qui est du transport de personnes et de marchandises, dans le cadre de la réalisation d'investissements, les Parties contractantes n'interdisent pas et n'entravent pas les activités des sociétés de transport de l'autre Partie contractante et, en tant que de besoin, accordent les autorisations nécessaires pour l'exécution des transports. Ceci concerne le transport :

- a) Des marchandises qui sont destinées directement à un investissement au sens du présent Traité ou qui sont achetées sur le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers par ou sur ordre d'une entreprise où sont investis des avoirs au sens du présent Traité;
- b) Des personnes voyageant à l'occasion d'un investissement.

Article 9

1. S'il résulte des dispositions législatives de l'une des Parties contractantes ou d'obligations, actuelles ou futures, découlant du droit international en dehors du présent Traité, une réglementation générale ou particulière en vertu de laquelle doit être accordé aux investissements des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante un traitement

plus favorable que celui qui est prévu dans le présent Traité, ladite réglementation prévaudra sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2. Chaque Partie contractante observe toute autre obligation qu'elle a pu contracter en ce qui concerne les investissements effectués sur son territoire par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante.

Article 10

Le présent Traité s'applique également aux affaires en matière d'investissements conclues par des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante, conformément aux dispositions législatives de cette dernière applicables avant même l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 11

1. Les différends qui pourraient surgir entre les Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application du présent Traité devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable par les Gouvernements des deux Parties contractantes.

2. Si un différend ne peut être résolu de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'une des Parties contractantes.

3. Le tribunal arbitral sera constitué sur une base ad hoc. Chaque Partie contractante désignera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour désigner en tant que Président un ressortissant d'un État tiers, qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties contractantes. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois, et le Président dans un délai de trois mois, à compter de la date à laquelle l'une des Parties contractantes a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prescrits au paragraphe 3 ci-dessus n'ont pas été observés, l'une ou l'autre des Parties contractantes peut, faute d'un autre arrangement, demander au Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'une ou l'autre des Parties contractantes ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder aux nominations voulues. Si le Vice-Président est un ressortissant de l'une des Parties contractantes ou s'il est, lui aussi, empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre de rang immédiatement inférieur de la Cour internationale de Justice, qui n'est ressortissant d'aucune des Parties contractantes, procède aux nominations voulues.

5. Le tribunal arbitral se prononce à la majorité des voix. Ses décisions ont force obligatoire. Chacune des Parties contractantes supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale; les frais afférents au Président du tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les Parties contractantes. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. À tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

6. Si les deux Parties contractantes sont également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends relatifs aux investissements entre États et ressortis-

sants d'autres États, il ne peut être fait appel au tribunal arbitral visé ci-dessus, en vertu des dispositions du paragraphe 1 de l'Article 27 de ladite Convention, si le ressortissant ou la société de l'une des Parties contractantes est parvenu à un accord avec l'autre Partie contractante comme prévu à l'Article 25 de la Convention. Les dispositions qui précèdent n'empêchent toutefois pas de faire appel à un tel tribunal arbitral lorsqu'une décision du tribunal arbitral visé à l'Article 27 de ladite Convention n'est pas respectée ou encore dans le cas d'une cession résultant d'une loi ou d'une transaction légale visée à l'article 6 du présent Traité.

Article 12

1. Les différends qui pourraient surgir entre l'une des Parties contractantes et un ressortissant ou une société de l'autre Partie contractante au sujet d'un investissement devront, autant que faire se pourra, être résolus à l'amiable entre les parties en litige.

2. Si un différend ne peut être résolu dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle l'une des parties l'aura soulevé, il sera soumis à une procédure d'arbitrage à la demande du ressortissant ou de la société de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au litige n'en sont pas convenues autrement, seront applicables, mutatis mutandis, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 11, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral, selon le paragraphe 3 de l'article 11, et que si les délais mentionnés au paragraphe 3 de l'article 11 n'ont pas observés, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de Commerce internationale de Paris de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera exécutée selon les dispositions de la législation interne.

3. La Partie contractante partie au litige ne fera pas valoir au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale le fait que le ressortissant ou la société de l'autre Partie contractante a obtenu, au titre de l'assurance, une indemnisation pour une partie ou la totalité du dommage.

4. Au cas où les deux Parties contractantes deviennent également parties à la Convention du 18 mars 1965 pour le règlement des différends entre États et ressortissants d'autres États, les différends visés dans le présent article seront soumis à une procédure arbitrale dans le cadre de la Convention, à moins que les parties au litige n'en conviennent autrement; chacune des Parties contractantes accepte de procéder ainsi.

Article 13

Le présent Traité est applicable indépendamment de l'existence de relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 14

1. Le présent Traité est soumis à ratification; l'échange des instruments de ratification aura lieu dès que possible.

2. Le présent Traité entrera en vigueur un mois après la date de l'échange des instruments de ratification. Il le demeurera pendant une période de 10 ans et sera ensuite reconduit pour une période indéterminée, sauf dénonciation par l'une des Parties contractantes moyennant un préavis écrit de 12 mois avant son expiration. Au bout de 10 ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment avec préavis de 12 mois.

3. Les dispositions des articles 1 à 13 du présent Traité continueront de s'appliquer aux investissements réalisés avant la date d'expiration du présent Traité pendant 20 ans encore, après la date à laquelle le présent Traité aura cessé de produire ses effets.

Fait à Bonn le 28 avril 1993 en deux exemplaires originaux, en langues allemande, ouzbek et russe, tous les textes faisant également foi. En cas de divergence entre les textes allemand et ouzbek, le texte russe prévaudra.

Pour la République fédérale d'Allemagne:

KINKEL

Pour la République d'Ouzbékistan :

SAFAJEW

ÉCHANGE DE NOTES

I

LE MINISTRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES DE LA RÉPUBLIQUE D'OUBÉKISTAN

Bonn, le 28 avril 1993

Monsieur le Ministre,

Comme suite à la signature du Traité entre la République d'Ouzbékistan et la République fédérale d'Allemagne relatif à la promotion et à la protection réciproque des investissements, j'ai l'honneur de vous communiquer ce qui suit :

Le Gouvernement de la République d'Ouzbékistan, après avoir pris connaissance du fait que les autorités compétentes de la République fédérale d'Allemagne peuvent accorder aux investisseurs allemands des mesures pour promouvoir les investissements en Ouzbékistan avant l'entrée en vigueur du Traité, appliquera ledit Traité dès sa signature. La présente déclaration est faite en attendant que le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne considère l'adoption de garanties pour les investissements en Ouzbékistan avant même l'entrée en vigueur du Traité.

Veuillez accepter, etc.

SAFAJEW

Son Excellence le Ministre fédéral des Affaires étrangères
Monsieur Klaus Kinkel

II

LE MINISTRE FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Bonn, le 28 avril 1993

Monsieur le Ministre,

J'ai l'honneur d'accuser réception de la note du Gouvernement de la République d'Ouzbékistan en date du 28 avril 1993 qui se lit comme suit :

[Voir note I]

Veuillez agréer etc.

KINKEL

Son Excellence
Le Ministre des Affaires étrangères
de la République d'Ouzbékistan
Monsieur Sadyk Salichowitsch Safajew

[EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES]

[GERMAN TEXT -- TEXTE ALLEMAND]

I

**Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Taschkent**

Note Nr. 29/96

Az.: Wi 413.35

V e r b a l n o t e

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Taschkent begrüßt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Usbekistan und beehrt sich, im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland unter Bezugnahme auf den am 28. April 1993 in Bonn unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan für die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen folgende Vereinbarung über die Berichtigung eines redaktionellen Mangels vorzuschlagen:

1. In Artikel 6 Satz 1 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird fälschlicherweise auf Artikel 10 statt auf Artikel 11 Bezug genommen, obwohl sich aus dem Zusammenhang ergibt, daß Artikel 11 gemeint ist. Artikel 6 Satz 1 erhält deshalb folgenden Wortlaut:
"Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 11, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an".

2. Es besteht Einvernehmen zwischen den Vertragsparteien, daß die vorstehende redaktionelle Änderung mit rückwirkender Rechtswirkung ab dem Tag der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der

Bundesrepublik Deutschland und der Republik Usbekistan über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen gültig ist.

Falls sich die Regierung der Republik Usbekistan mit den unter den Nummern 1 und 2 gemachten Vorschlägen einverstanden erklärt, werden diese Note und die das Einverständnis der Regierung der Republik Usbekistan zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung zwischen unseren beiden Regierungen bilden, die mit dem Datum der Antwortnote der Republik Usbekistan in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Usbekistan ihrer vorzüglichen Hochachtung zu versichern.

Taschkent, den 15. Januar 1996
L.S.

An das
Ministerium für
Auswärtige Angelegenheiten
der Republik Usbekistan
- Protokollabteilung -

T a s c h k e n t

[RUSSIAN TEXT — TEXTE RUSSE]



II

ЎЗБЕКИСТОН РЕСПУБЛИКАСИ
ТАШҚИ ИШЛАР ВАЗИРЛИГИ

№ 05/391

Министерство иностранных дел Республики Узбекистан свидетельствует свое уважение Посольству Федеративной Республики Германия в Ташкенте и, ссылаясь на ноту № 29/96 от 15.01.96 г., имеет честь подтвердить получение предложения о внесении следующей редакционной поправки в Договор между Республикой Узбекистан и ФРГ о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений от 28 апреля 1993 года:

"1. В первом предложении ст. 6 договора между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений сделана неверная ссылка на ст. 10 вместо ст. 11., хотя из контекста вытекает, что имеется ввиду ст.11.

Поэтому первое предложение ст. 6 звучит следующим образом:

"Если одна из Договаривающихся Сторон осуществляет выплаты сумм своим гражданам или обществам на основе гарантии капиталовложения на территории другой Договаривающейся Стороны, то эта другая Договаривающаяся Сторона, без ущемления для вытекающих из статьи 11 настоящего Договора прав первой Договаривающейся Стороны, будет признавать в силу закона или договора передачу первой Договаривающейся Стороне всех прав или требований этих граждан или обществ.

Посольству
Федеративной Республики Германия,
Ташкент

2. Договаривающиеся Стороны едины в том, что вышеуказанная редакционная поправка с правовой обратной силой является действительной с момента подписания Договора между Федеративной Республикой Германия и Республикой Узбекистан о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений".

Министерство исходит из понимания того, что вышеназванная нота Посольства и настоящая нота составят договоренность между Правительством Республики Узбекистан и Правительством Федеративной Республики Германия о внесении указанной редакционной поправки в Договор о содействии осуществлению и взаимной защите капиталовложений, подписанный 28 апреля 1993 года в Бонне.

Министерство пользуется случаем, чтобы возобновить Посольству свои заверения в глубоком уважении.

Ташкент, 15 января 1996 года

Посольству
Федеративной Республики Германия,
Ташкент

[TRANSLATION — TRADUCTION]

EXCHANGE OF NOTES

I

EMBASSY OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY, TASHKENT

Note No. 29/96 Az.: Wi 413.35

Tashkent, 15 January 1996

NOTE VERBALE

The Embassy of the Federal Republic of Germany in Tashkent presents its compliments to the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Uzbekistan and, with reference to the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Uzbekistan concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, signed on 28 April 1993, has the honour to propose, on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, the following editorial amendment:

1. In the first sentence of article 6 of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Uzbekistan concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, there is an erroneous reference to article 10 instead of article 11, although it is clear from the context that it should refer to article 11.

The first sentence of article 6 would therefore read as follows:

"If a Contracting Party makes payments to its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party, without prejudice to the rights of the first Contracting Party under article 11, shall recognize the assignment of all rights and claims of these nationals or companies to the first Contracting Party by virtue of law or a contract."

2. The Contracting Parties agree that this editorial change shall take effect retroactively on the date of the signing of the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Uzbekistan concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments.

If the Government of the Republic of Uzbekistan agrees to the proposals in paragraphs 1 and 2, this note and the note in reply indicating the agreement of the Government of the Republic of Uzbekistan shall constitute an agreement between our two Governments, which shall enter into force on the date of the note in reply from the Republic of Uzbekistan.

The Embassy of the Federal Republic of Germany takes this opportunity, etc.

L..S.

Ministry of Foreign Affairs
of the Republic of Uzbekistan
Protocol Section
Tashkent

II

REPUBLIC OF UZBEKISTAN MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS

No. 05/391

Tashkent, 15 January 1996

The Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Uzbekistan presents its compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany in Tashkent and, with reference to note No. 29/96 of 15 January 1996, has the honour to confirm receipt of the proposal to make the following editorial amendment to the Treaty between the Republic of Uzbekistan and the Federal Republic of Germany concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments of 28 April 1993:

[See note I]

It is the Ministry's understanding that the above-mentioned note from the Embassy and this note shall constitute an agreement between the Government of the Republic of Uzbekistan and the Government of the Federal Republic of Germany to make the above-mentioned drafting amendment to the Treaty concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments signed on 28 April 1993 at Bonn.

The Ministry takes this opportunity, etc.

Embassy of the Federal Republic of Germany
Tashkent

[TRANSLATION — TRADUCTION]

ÉCHANGE DE NOTES

I

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Tashkent

Note no 29/96

Az.: Wi 413.35

Tashkent, le 15 janvier 1996

NOTE VERBALE

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne à Tashkent présente ses compliments au Ministère des affaires étrangères de la République d'Ouzbékistan et, se référant au Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Ouzbékistan relatif à la promotion et la protection réciproque des investissements signé le 28 avril 1993, a l'honneur de proposer au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne la modification rédactionnelle qui suit:

1. Dans la première phrase de l'article 6 du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Ouzbékistan relatif à la promotion et la protection réciproque des investissements, il y a une référence erronée à l'article 10 au lieu de l'article 11, bien qu'il soit clair selon le contexte qu'il s'agit de l'article 11.

La première phrase de l'article 6 devrait donc se lire comme suit:

"Si l'une des Parties contractantes verse un montant quelconque à l'un de ses ressortissants ou l'une de ses sociétés en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, cette dernière reconnaît, sans préjudice du droit que confère à la première Partie l'article 10, la cession de tout droit ou créance de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie contractante, que ce soit en application d'une loi ou en vertu d'une transaction légale."

2. Les Parties contractantes conviennent de ce que cette modification rédactionnelle entre en vigueur rétroactivement à la date de la signature du Traité.

Si le Gouvernement de la République d'Ouzbékistan convient des propositions des paragraphes 1 et 2, cette note et la note en réponse constituent un accord entre nos deux gouvernements, qui entrera en vigueur à la date de la note en réponse provenant de la République d'Ouzbékistan.

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne profite de cette occasion, etc.

L. S.

II
MINISTÈRE DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

SECTION DE PROTOCOL

RÉPUBLIQUE D'OUZBÉKISTAN

No 05/391

Tashkent, le 15 janvier 1996

Le Ministère des affaires étrangères de la République d'Ouzbékistan présente ses compliments à l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne et se référant à la note no 26/96 du 15 janvier 1996, a l'honneur de confirmer la réception de la proposition de faire la modification rédactionnelle suivante au Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République d'Ouzbékistan relatif à la promotion et la protection réciproque des investissements du 28 avril 1993.

[Voir note I]

C'est l'entendement du Ministère que la note susmentionnée de l'Ambassade et cette note constituent un accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République d'Ouzbékistan pour faire la modification rédactionnelle mentionnée ci-dessus au Traité relatif à la promotion et la protection réciproque des investissements signé le 28 avril 1993 à Bonn.

Le Ministère saisit cette occasion, etc.

Ambassade de la République fédérale d'Allemagne
Tashkent

